

Presseaussendung: WIR FÜR DIE SOZIALBERUFE 12. Vollversammlung des Landesverbandes



Im Bild: die Teilnehmerinnen, Stellvertretender Vorsitzender Herr Christian Huber und Soziallandesrätin Frau Waltraud Deeg

Den Ankündigungen und Versprechungen der letzten Jahre, müssen endlich konkrete politische Maßnahmen folgen.

Sonst wird der Notstand in der Betreuung und Pflege zum unüberschaubaren Problem und der Unmut unter den Sozial- und Gesundheitsberufen immer größer.

Wir als Landesverband der Sozialberufe, nutzen unsere berufspolitische Stimme, um die Themen der unterschiedlichen Sozialberufe sichtbar zu machen.

Denn ohne ausreichend Mitarbeiter/innen in Gesundheits- und Sozialberufe, steuert unsere Gesellschaft auf ein immer größer werdendes Problem zu, beziehungsweise auf ein immer älter werdendes Problem.

Am 20 Februar 2023, wurde der dritte "**Nationale Tag der Beschäftigten im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich und der Freiwilligen**" begangen, das Motto dieses Anlagentages war „Gemeinsam für die Gesundheit aller“.

Der World Social Work Day (WSWD) oder Internationale Tag der Sozialen Arbeit (ITSA) ist 2003 durch das Engagement von europäischem Kolleg/innen ins Leben gerufen worden und wird immer Mitte März gefeiert.

In der Zwischenzeit ist dieser Tag der Sozialarbeiter/innen auch in der UNO angekommen und anerkannt.

Beide Anlasstage, erhalten in Südtirol kaum eine mediale Aufmerksamkeit und damit lässt sich die Unsichtbarkeit der Sozialberufe erklären

Lohngerechtigkeit:

Die Entlohnung der Sozialberufe, muss sich an den geforderten Kompetenzen und der Verantwortung bei der Arbeitsausführung orientieren.

Dabei spielt die gesellschaftliche Bewertung der Sozialberufe eine große Rolle, d.h. der Wert der Sozialberufe, muss sich an den notwendigen Kompetenzen, der übertragenen Verantwortung, sowie der erbrachten Leistungen orientieren, denn diese sind die Basis für die gerechte Entlohnung der Mitarbeiter/innen.

Eines ist die Anpassung der Gehälter der Sozialberufe an die Gehälter der Gesundheitsberufe, wie Soziallandesrätin Frau Dr.in Waltraud Deeg immer betont. Das andere ist die Ungleichheit der Entlohnung innerhalb der Sozialberufe und die ungleiche Verteilung der Zulagen im letzten Teilvertrag, welcher im August 2022 unterschrieben wurde. Die Aufwertung des Sozialberufes, beginnt mit angemessener Personalausstattung und einer gerechten, motivierenden und angemessenen Entlohnung und das gilt für alle Sozialberufe. Die Mitarbeiterinnen aus den Sozialberufen sind keine Lückenfüller und der Wert aller Sozialberufe muss neu vermessen werden.

Ausbildung:

Für die gestiegenen und erweiterten Anforderungen, müssen die Mitarbeiter/innen in den Sozialberufen auch künftig über umfangreiche Kompetenzen und Qualifikationen verfügen. Der „Neue Ausbildungslehrgang für Pflegehelferinnen“ ist ein Vorbereitungskurs, um als Privatist/in zur Prüfung an den Landesfachschulen für Sozialberufen antreten zu können und ist vorwiegend im Interesse des Arbeitgeberverbandes und der privaten Stiftung. Diese Doppelgleisigkeit in der Ausbildung führt unweigerlich zu Diskussionen in Bezug auf Entlohnung und Kompetenzen.

Hier braucht es eine GEMEINSAME Diskussion und kein Patchwork bzw. Flickwerk.

Zum Vergleich, ein Blick über die Grenze nach Österreich:

Dort soll es durch eine Pflegereform zu Verbesserungen in der Ausbildung kommen.

Mit dem neuen Pflegeausbildungs-Zweckzuschussgesetz soll jede/r, die/der eine Ausbildung zu einem Pflegeberuf macht, mindestens 600 Euro pro Monat erhalten.

Für Umsteiger/innen, die aus einem anderen Beruf in die Pflege wechseln, sowie für Wiedereinsteiger/innen wird ein Pflegestipendium entwickelt, welches voraussichtlich im Jahr 2023 eingeführt werden wird.

Für Jugendliche wird es, vorerst als Modellversuch, eine Pflegelehre in ganz Österreich geben. Sie wird vier oder drei Jahre dauern und mit einem Lehrabschluss als Pflegefachassistenz bzw. Pflegeassistenz enden. Bestehende Schulversuche an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen werden ins Regelschulwesen übernommen.

Landesverzeichnis und Berufskodex für die Sozialberufe:

Soziallandesrätin Waltraud Deeg hat des Öfteren über die Erstellung der Betreuungs- und Pflegelandkarte informiert, darin wird der Status Quo und der künftige Pflegebedarf sowie die damit zusammenhängenden Leistungen und Dienste ermittelt.

Die Sicherstellung des Fachpersonals, die Absicherung der Finanzierung der Dienste, der Ausbau unterschiedlicher Leistungen und die Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf

und Pflege sind dabei sicherlich zentral. Die Betreuungs- und Pflegelandkarte zeigt auf, welche Schwerpunkte gesetzt werden müssen, um auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Pflege besonders für die älteren Bürgerinnen und Bürger garantieren zu können".

Zeitgleich zur Pflege und Betreuungslandkarte braucht es ein Landesverzeichnis für die Sozialberufe mit Fach- und Berufsausbildung, ein weiteres für die sogenannten „Badanti“ und eines für die privaten Anbieter/innen, damit endlich mehr Transparenz in den Betreuungs- und Pflegemarkt kommt und Mindestvoraussetzungen für die Betreuungsarbeit geschaffen und garantiert werden.

Vertragsverhandlungen:

Es ist schon bemerkenswert, wie unterschiedlich Verhandlungen verlaufen, das beste Beispiel ist und war der Kollektivvertrag der Führungskräfte

Die Begünstigten sind das Führungspersonal des Landes, dem bereits 2018 rückwirkend bis 2014 eine Gehaltserhöhung von 26 Prozent zugestanden wurde, die nach Einspruch des Rechnungshofes rechtlich saniert werden musste. Die Vorzugsbehandlung wurde 2019 fortgeführt und steht jetzt 2023 vor einer Neuauflage, mit dem Ergebnis einer Lohnerhöhung bis zu 40 Prozent seit 2015 und Jahreseinkommen bis über 200.000 Euro.

Der Vergleich:

Bei den Verhandlungen des Teilvertrages des Bereichsabkommen für die Bediensteten der Gemeinden, Bezirksgemeinschaften und Ö.B.P.B., wurde bis zum Schluss um Zulagen gefeilscht, welche dann noch ungleich verteilt wurden.

Seit nunmehr 12 Jahren regen wir als Landesverband der Sozialberufe, eine angemessene Entlohnung der Sozialberufe mit Fach- und Berufsausbildung an.

Um eine gerechte Entlohnung der Kleinkindbetreuerinnen wurde 5 Jahre gerungen, bis der Landeszusatzvertrag, am Freitag 17. März 2023 endlich unterschrieben wurde.

Der Vorschlag zum Thema erzwungene Teilzeit bzw. „Maßnahmen die den Auftrag in den Bildungsinstitutionen ergänzen“ betrifft die Mitarbeiter/innen für Integration.

Dieser Vermerk, wurde am 08. November 2022 in der Landesregierung grundsätzlich angenommen und liegt seitdem in der Generaldirektion des Landes.

Die Geschäftsführung des Landesverbandes der Sozialberufe
Marta von Wohlgemuth

Bozen: am 23. März 2023